

## Perspektiven einer zivilen Sicherheitspolitik

### 7 Thesen für den weiteren Dialog

(Landesbischof Prof. Jochen Cornelius-Bundschuh,

Bad Herrenalb, 24.9.2021)

1. Das Leitbild des gerechten Friedens gründet theologisch in der Teilhabe an der Friedensbewegung Gottes und ermutigt das kirchliche Friedensengagement zu einem mutigen, wegweisenden und realistischen Handeln.
  - a. Theologisch verweist das Leitbild auf eine grundlegende Differenz zwischen dem, was wir tun (können), und dem, was Gott für uns tut. Die ethische Orientierung ereignet sich im Horizont dieser doxologischen und eschatologischen Differenz.

Gerechter Frieden („Wenn Lamm und Wolf zusammenliegen, Gerechtigkeit und Frieden sich küssen“) ist Verheißung, die uns Bindungen bewusst macht und in ihnen zu einem mutigen und gesellschaftlich wegweisenden Handeln befreit.

Sie ist zugleich Perspektive für ein kritisches und realistisches politisches Handeln, das die Akteure in Konflikten zur Selbstzurücknahme um der (Menschen-)Rechtsdurchsetzung und der Minimierung von Gewalt willen ermutigt.
  - b. Diese theologische Grundlegung wehrt einerseits jedem vermeintlichen Sachzwang, jeder Stillstellung von Konflikten und eröffnet Perspektiven, um Frieden zu stiften. Zugleich relativiert sie vermeintlich eindeutige politische Optionen und nötigt zur Anerkennung ihrer Vorläufigkeit. Militärische Gewalt hat sich in den letzten Jahrzehnten nur in sehr wenigen Konstellationen als nachhaltig friedensfördernd (und gerecht!) erwiesen; aber auch polizeiliche Gewalt hat ihre Voraussetzungen und Grenzen.
  - c. Die Verankerung der Friedensarbeit im Vertrauen auf Christi Liebe ermöglicht es, Spannungen und Ambivalenzen auszuhalten. Sie hilft die eigene Beschränktheit und Verstrickung wahrzunehmen, im Diskurs zur Sprache zu bringen und in die Urteilsbildung und Orientierung aufzunehmen. Sie öffnet den Blick über die Fixierung auf die spezifische Konfliktkonstellation hinaus auf das Gesamtsystem: auf sozio-ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen und Folgen.
  - d. Der Glaube gibt die Kraft und die Freiheit, beides zusammen zu halten:
    - i. Die Erkenntnis, dass wir in vielen komplexen politischen Entscheidungen, die wir in Konflikten zu treffen haben, nur begrenzt handlungsfähig sind und zugleich in diesen Handlungen in der Gefahr, schuldig zu werden;
    - ii. Und den Mut, auf dem Weg der Versöhnung voranzuschreiten und sich von Christi Liebe auch politisch und praktisch zur Feindesliebe drängen (im Sinne von 2. Korinther 5) zu lassen.
2. Eine zivile Sicherheitspolitik entwickelt Dynamik, je größer das Vertrauen zwischen den in die Konflikte verstrickten Personen, Gruppen, Interessen usw. ist. Dieses Vertrauen findet seinen strukturellen, institutionalisierten Niederschlag in gesetztem Recht. Wer zivile Konfliktlösungen stärken will, muss zualterererst den Aufbau von Vertrauen und Recht fördern.
3. Als Kirchen tragen wir dazu wesentlich durch unsere Versöhnungsarbeit bei. Wo Furcht die Türen verschließt und Misstrauen sät, öffnen wir Räume der Begegnung: Hass und Ungerechtigkeit, das, was zum Himmel schreit, wird offen gelegt, kritisiert. Denn: Die Macht des Todes hat nicht das letzte Wort. Der Stein ist vom Grab gewälzt, die Soldaten stürzen zur Seite, der Friede Christi lässt sich nicht aufhalten.
4. Wie wird das politisch konkret? In der Zivilisierung des Austragens von Konflikten: regelbasiert, multilateral, den Menschenrechten verpflichtet, in besonderer Verantwortung für diejenigen, die nicht für sich selbst sorgen können.

Was heißt das für das Thema dieser Tagung: Militärische oder polizeiliche Sicherheitspolitik?

5. Eine eindeutige Zuordnung und Bewertung militärischer und polizeilicher Formen des in beiden Fällen gewaltförmigen Umgangs mit Konflikten scheint mir schwierig. Wir leben in unsicheren Zeiten. Deshalb gehört Sicherheit auch zu den sustainable development goals (Nr. 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) und hat dabei sowohl das individuelle bzw. gesellschaftliche Interesse nach Rechtssicherheit als auch die Forderungen um den Begriff des „good governance“ im Blick.

Im Blick auf Militär und Polizei nehme ich derzeit eine Bewegung aufeinander zu wahr, die sich vielleicht als *Konstabulisierung* des Militärs und *Gendarmerisierung* der Polizei beschreiben lässt.

Die vermeintlich umfassenderen Gewaltpotentiale des Militärs werden in vielen Konflikten von der Politik eingehegt (z.B. die unterschiedlichen Regeln der einzelnen nationalen Truppen in Afghanistan); zugleich wächst im Rahmen der Bekämpfung von „Terrorismus“ und organisierter Kriminalität der Druck, die Polizei „aufzurüsten“. Militärische Aktionen wie im Jemen sind in der Weltöffentlichkeit immer weniger zu kommunizieren, selbst für autoritäre Regime. Der Einsatz militärischer Mittel in Interventionen ist immer weniger durch die militärische Logik bestimmt, sondern immer mehr durch die kurzfristigen politischen Interessen im Inneren der intervenierenden Länder. (Dimitriu)

Umgekehrt scheint mir das positive Bild des „just“ policing stark von Erfahrungen mit deutscher/europäischer Polizei geprägt. Kritische Phänomene wie racial profiling, Korruption und die schwierigen Erfahrungen mit Frontex kommen demgegenüber kaum in den Blick.

Zwei weitere Trends stehen quer zu einer klaren Unterscheidung militärischen und polizeilichen Handelns im Umgang mit gewaltförmigen Konflikten:

Wir erleben aus unterschiedlichen Gründen ein zunehmendes Outsourcing der Intervention in gewaltförmigen Konflikten an private „Anbieter“ wie Blackwater und Wagner.

Auch die Entwicklung der Technik und der „digitalen“ Kriegsführung (z.B. Drohnen und Cyberkrieg (4. Teilstreitkraft)) erschweren eine klare Unterscheidung zwischen militärischem und polizeilichem Handeln.

6. Was können wir konkret tun, um das Konzept des gerechten Friedens weiter zu stärken und zu präzisieren?
  - a. Wir sollten uns nicht im innerdeutschen und innersicherheitspolitischen Diskurs fangen lassen, sondern auf andere Akteure aus der Zivilgesellschaft und insbesondere unsere Partnerkirchen hören, vor allem auch bei der frühzeitigen Identifikation von Konflikten und in der von allen Seiten geforderten Konzentration auf Prävention.
    - i. Um eine politisch starke Position zu entwickeln, brauchen wir das Gespräch mit unseren europäischen Partnern. Ein wichtiger Schritt wäre für mich etwa der Austausch mit Frankreich mit seinem deutlich anderen Verhältnis zur militärischen Tradition, zum Thema atomare Bewaffnung usw.
    - ii. Wir haben im Diskurs noch zu wenig die „postkoloniale“ Situation im Blick. Wir haben in Baden auf dem Weg zu „Sicherheit neu denken“ viel von unserer nigerianischen Partnerkirche gelernt. Wie können wir hier weitergehen? Im Blick auf Afghanistan muss man sagen, dass über einen sehr langen Zeitraum durch externe gewaltförmige Interventionen soziale Strukturen zerstört wurden, die aber eine wesentliche Grundlage von „Sicherheit“ sind. Die Intervenierenden haben immer wieder signalisiert, die Lösung zu kennen. Da bin ich zunehmend skeptisch. Vielleicht können wir an dieser Stelle von den jahrelangen Erfahrungen von „Brot für die Welt“ lernen, wie wir angemessen miteinander in einer globalisierten Welt mit Konflikten umgehen können.
  - b. Wir haben eine besondere Verantwortung nach dem Beitrag der Religionen für eine zivile Bearbeitung von Konflikten zu fragen, im Gespräch mit dem Judentum, mit dem Islam, mit anderen Religionen. Wir werden dabei entdecken, wie unterschiedlich auch in den anderen Religionen über Zivilität, Sicherheit und den Umgang mit Konflikten gedacht wird, wie verschieden der Frieden gelebt und vorangetrieben wird. Ich glaube, die Religionen spielen eine zentrale Rolle, vor allem vor Ort, in den konkreten Begegnungen.

- c. Ich halte es für wichtig, auf Soldatinnen und Polizisten zu hören und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Als evangelischer Kirche ist es uns besonders wichtig, alle Akteure auf ihre spezifische, persönliche Verantwortung anzusprechen. Beide verstehen sich nach meinen Erfahrungen aus Begegnungen im Sinne von Wolf Graf von Baudissin als „(Welt-) Bürger/innen in Uniform“.

Zugleich ist es wichtig, die unterschiedlichen Perspektiven, Aufgaben und z.B. auch Ausbildungen klar im Blick zu behalten. Eine Polizistin z.B. handelt in Begegnung und durch das Wort, aber in einer spezifischen, durch das Recht gesetzten Distanz. Ein Soldat hält in der durch die Bedrohungslage notwendigen Distanz ein spezifisches Gewaltszenario aufrecht und ist in der Lage, auch Formen vernichtender Gewalt zu gestalten und einzuhegen. Auch gegenüber allen Versuchen, polizeiliche oder militärische Formen des Umgangs mit Konflikten zu eng mit Maßnahmen der Zivilgesellschaft im Bereich Entwicklungshilfe, Versöhnungs- oder Friedensarbeit zu verknüpfen, bin ich eher skeptisch.

- d. Als Kirchen stehen wir für ein klares „Prä“ des Zivilen im Umgang mit Konflikten ein, die gewaltförmig zu werden drohen oder – und das ist ja glücklicherweise nur ein kleiner Teil! – es sind. Eine internationale Polizei kann wesentlich dazu beitragen, Räume für eine zivile Konfliktbearbeitung zu stabilisieren oder wieder zu öffnen; auch hier zeigt sich noch einmal: Wir brauchen mehr multilaterale, „regionale“ Strukturen und Ressourcen für Prävention.

Das Beispiel der Durchsetzung von Flugverbotszonen gegen drohende Kriegsverbrechen beteiligter Akteure zeigt für mich allerdings, dass es auch Konstellationen geben kann, in denen sehr begrenzt, sehr spezifisch und sehr gut international kommuniziert (gerade mit unseren Partnern und den „Gegnern“), auch militärisches Handeln wichtig sein kann, um Schrecken zu verhindern.

7. Die Situation im Jemen, in Syrien, in Libyen und in Afghanistan und demnächst wohl auch in Mali zeigen, dass militärische Interventionen kaum gelingen. Es fehlen politische Konzeptionen, die langfristig politisch (partizipativ!) und ökonomisch nachhaltig und an Gerechtigkeit orientiert abgestützt sind. Zudem befördert die Multipolarität der politischen Mächte die Konfliktdynamik an den „Rändern“. Menschen, die an der Friedensbewegung Gottes teilhaben wollen, belastet diese Aussichtslosigkeit, diese Erfahrungen von Ohnmacht, von Unfähigkeit in Konflikten angemessen zu handeln.

Das führt mich zurück zum Anfang meiner Überlegungen, zu den Grenzen unseres Handelns und dem Vertrauen in Gottes Gerechtigkeit und Frieden schaffendes Handeln. Die radikale Gewaltlosigkeit, die konsequente Selbstzurücknahme, die Annahme der eigenen Verletzlichkeit und auch der der anderer Menschen, das Loslassen und „Stillesein“ (u.a. Psalm 37, Jesaja 30, Lukas 22) im Gottvertrauen, bleibt ein Stachel in aller Sicherheitspolitik. Hier haben wir als Kirchen eine besondere, geistliche Verantwortung: die Beteiligten zum Innezuhalten zu rufen, mit den Opfern zu klagen, mit ihnen zu leiden – und trotz allem Schritte der Versöhnung zu gehen auf dem Weg zum gerechten Frieden.